15. Mai 2012

SIGMAR GABRIEL • FRANK-WALTER STEINMEIER • PEER STEINBRÜCK

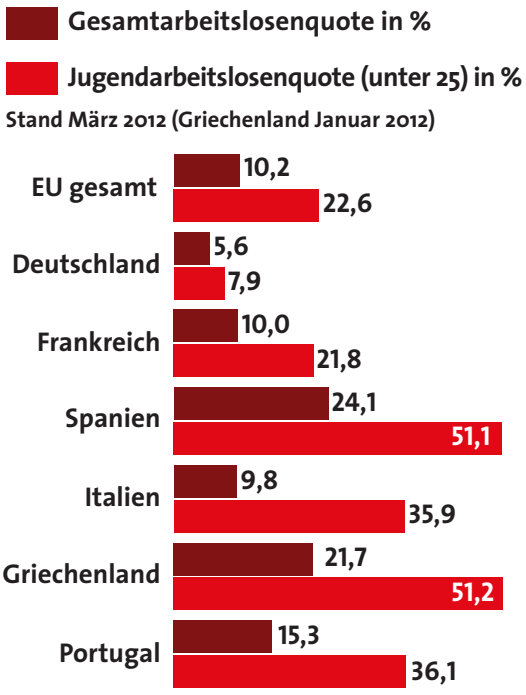
DER WEG AUS DER KRISE – WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG IN EUROPA

Die ökonomischen und sozialen Folgen einer einseitig auf Ausgabenkürzungen abzielenden Politik sind fatal. Europa droht daran zu zerbrechen. So hat sich in den vergangenen zwei Jahren die europäische Krise nicht entspannt, sondern verschärft, und die Kreditrisiken, für die Deutschland haften muss, sind nicht gesunken, sondern massiv gestiegen.

Die gegenwärtige Krise Europas ist ganz wesentlich die Folge der Finanzmarktkrise. Seit 2008 ist die Arbeitslosigkeit in Spanien von 11,3 % auf heute 24,1 %, in Griechenland von 7,7 % auf 21,7 %, in Portugal von 8,5 % auf 15,3 % und in Irland von 6,3 % auf 15 % gestiegen. 17,4 Millionen Menschen sind heute in den Ländern des Euroraums arbeitslos. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in einigen Staaten auf bis zu 50 % angestiegen. Zugleich rutscht die Eurozone weiter in die Rezession. Die öffentliche Verschuldung in Europa ist nach 2008 vor allem auch deshalb gestiegen, weil Staaten gezwungen waren, Banken zu retten und für faule Kredite im Privatsektor zu haften.

Deutschland hatte 2008 gesamtstaatlich noch einen ausgeglichenen Haushalt. Dann stieg der deutsche Schuldenstand rapide, insbesondere durch die Übernahme der neu errichteten Abwicklungsanstalten für Banken durch den Staat, von 73,5 % auf 83,2 % des BIP. Im Falle Irlands etwa noch weitaus dramatischer von unter 50 % auf mehr als 100 % des BIP. Nun gilt es, diese Verschuldung zurückzuführen. Das darf in Deutschland aber nicht dazu führen, dass für die Bundesländer über den beschlossenen Abbaupfad zur Erreichung der Schuldenbremse im Jahr 2020 weitere Belastungen erfolgen. Wir müssen ihnen vielmehr Hilfestellung leisten, damit sie diese Aufgabe meistern können, wozu auch Angebote zur verbesserten Refinanzierung gehören. Daneben müssen wir die Verursacher und Nutznießer der Krise an den Krisenkosten beteiligen. Denn insbesondere im Fall von Irland und Spanien war und bleibt der Bankensektor der zentrale Krisenherd. **Wir müssen die Lehren aus der Finanzmarktkrise ziehen, um zu Stabilität in Europa zurückzukehren.**

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Europa



Quelle: Eurostat Press Releases Mai 2012

Zu hohe Schulden bringen die Staaten in eine gefährliche Abhängigkeit von den Finanzmärkten und sind auf Dauer unsozial, weil immer mehr hart erarbeitete Steuermittel in Form wachsender Zinsbelastung an die Kapitalgeber fließen. Auf tragfähige Haushalte ausgerichtete konjunkturgerechte Schuldenregeln in ganz Europa sind daher sinnvoll. Dauerhafter Schuldenabbau aber wird nur mit wirtschaftlicher Dynamik und mit Wachstum in neuen innovativen und zukunftsfähigen Branchen gelingen.

Wir brauchen eine Weichenstellung in Richtung Realwirtschaft: Weniger spekulative und kurzfristig angelegte Wertabschöpfung, mehr innovative Wertschöpfung in Produktion und produktionsnahen Dienstleistungen, mit

mehr Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung sowie in Infrastrukturen, die den Strukturwandel befördern, etwa die dringend erforderlichen Stromnetze. Zu diesem Richtungswechsel gehört eine entschlossene Regulierung und eine gerechte Besteuerung der Finanzmärkte. Investitionen in neues Wachstum dürfen nicht zu neuen Staatsschulden führen. Ihre Finanzierung kann vielmehr durch die Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer abgesichert werden.

I. JETZT HANDELN – FÜR WACHSTUM, BESCHÄFTIGUNG UND EINE NEUE ORDNUNG DER FINANZMÄRKTE

1. Ein Europäisches Sofortprogramm gegen Jugendarbeitslosigkeit

Die Bekämpfung der in etlichen europäischen Staaten besorgniserregend hohen Arbeitslosigkeit von Jugendlichen muss zu einer gemeinsamen strategischen Priorität der Politik von Europäischer Union und ihrer Mitgliedstaaten gemacht werden. Dass in Europa über fünf Millionen junge Menschen, viele von ihnen gut qualifiziert und ausgebildet, ohne Arbeit sind, gefährdet nicht nur den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaften. Auch die europäische Einigung droht Schaden zu nehmen, wenn gerade die jungen Menschen, die den europäischen Gedanken in die Zukunft tragen sollen, Europa vor allem mit Arbeitslosigkeit und Sozialabbau in Verbindung bringen.

Deshalb müssen jetzt rasch verbindliche Ziele und Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit europaweit vereinbart werden. Ziel muss sein, die Jugendarbeitslosigkeit in Europa in den nächsten fünf Jahren zu halbieren. Die Finanzierung eines europäischen Sofortprogramms gegen Jugendarbeitslosigkeit kann kurzfristig aus bisher nicht zugewiesenen Mitteln vor allem aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) erfolgen. Daneben müssen sich auch die Mitgliedstaaten verbindlich verpflichten, in diesem Bereich tätig zu werden. Vor allem folgende politischen Schwerpunkte müssen vereinbart und umgesetzt werden:

- **die Erleichterung der europaweiten Mobilität**, insbesondere für junge Arbeitssuchende, unter anderem durch eine bessere europaweite Anerkennung von beruflichen Qualifikationen und durch einen Mobilitätsfonds, der zum Beispiel Sprachtraining anbietet

- **eine „Jugendgarantie“**, die das Recht auf Aus- oder Weiterbildung innerhalb von vier Monaten nach Erhalt eines schulischen Abschlusszeugnisses einführt und dabei auf betriebliche bzw. betriebsnahe Qualifikation zielt; Anreize für Unternehmen, Jugendliche auszubilden und neu einzustellen, unter anderem durch zeitlich befristete Zuschüsse aus dem ESF

- **ein europäisches „Bündnis für Ausbildung und Arbeitsplätze“** speziell für junge Arbeitssuchende, bei dem die EU-Kommission Gewerkschaften und europäische Unternehmen an einen Tisch bringt, um durch grenzüberschreitende Ausbildungs- und Jobprogramme Jugendliche in Beschäftigung zu bringen
  - die Förderung junger Existenzgründer/innen
  - eine Qualitätscharta für Praktika
  - der Ausbau des Europäischen Freiwilligendienstes und der Programme ERASMUS und LEONARDO

2. Eine wirksame Bekämpfung der Finanzmarkt- und Bankenkrise

Durch die Fehler der konservativen Politik in Europa werden die Banken und nicht die Menschen in den von der Krise betroffenen Staaten wie Griechenland, Irland, Portugal und Spanien unterstützt. Durch Entscheidungsunfähigkeit hat die schwarz-gelbe Koalition in Berlin die EZB gezwungen, Staatsanleihen im Wert von über 220 Mrd. Euro zu kaufen und den Banken über eine Billion Euro zu 1 Prozent zu schenken, womit sie Staatsanleihen zu einer weit höheren Verzinsung kaufen. Banken werden zu Lasten von Staaten und Steuerzahlern saniert, ohne dass es zur durchgreifenden Regulierung und zur Vorsorge für künftige Krisen kommt. Damit muss Schluss sein. Wir brauchen:

- **die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer** zur Eindämmung von Spekulationen und um mit den Mitteln – selbst laut EU-Kommission ca. 57 Mrd. Euro in Europa – europäische Wachstumsimpulse zu geben

- **die Haftung der Banken:** Mit der Rettung von unterkapitalisierten Banken durch Staatsgarantien muss Schluss sein. Wer ein hohes Risiko eingeht, muss auch dafür haften und gegebenenfalls Pleite gehen können! Es kann nicht angehen, dass der Staat die Zeche zahlt und für Zockerei haftet. Wir fordern eine Trennung von Geschäfts- und Investmentbanking

- **eine europäische Bankenaufsicht**, die dafür sorgt, dass Banken der Realwirtschaft dienen

- **eine wirkungsvolle Regulierung der Schattenbanken**

- als Gegengewicht zu privaten Ratingagenturen, die mit ihren Bewertungen über die Zukunft von Staaten urteilen, muss **eine europäische Ratingagentur** gegründet werden, die die Bonität von Ländern bewertet.

3. Ein europäisches Wachstums- und Beschäftigungsprogramm zügig umsetzen

Anstatt ausschließlich auf Deregulierung und Sozialabbau zu setzen, muss das europäische Wachstums- und Beschäftigungsprogramm auf Wachstum durch Innovation, ökologische Erneuerung und Investitionen in die Realwirtschaft gerichtet sein, besonders in den am stärksten von der Krise betroffenen südlichen Mitgliedstaaten der EU. Folgende Kernbereiche sind dabei zentral:

- Wachstum und Beschäftigung durch **Förderung von technologischer Innovation** und verstärkte öffentliche und private **Investitionen in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung**

- Wachstum und Beschäftigung durch eine **ökologische Industriepolitik**, die den Ausbau erneuerbarer Energien, die Schaffung moderner Energienetze, die Erhöhung der Energieeffizienz und stärker lokal orientierte Verfahren der Energieerzeugung wie das Solarenergiepotenzial in Südeuropa fördert

- Wachstum und Beschäftigung durch einen **Ausbau moderner transeuropäischer Infrastrukturnetze,** vor allem in den Bereichen Energie, Verkehr und Informationstechnologien. Konkrete Beispiele sind hier der Ausbau der Erneuerbaren Energien in Südeuropa einschließlich notwendiger Gleichstromleitungen, um den Strom nach Mittel- und Nordeuropa zu transportieren; die Herstellung eines „Nordseenetzes", d.h. zentraler Verbindungen zwischen den Windparks; die Modernisierung der Hafensysteme zahlreicher europäischer Seeverkehrsstützpunkte; das Auflegen und Ausweiten von Programmen zur energetischen Gebäudesanierung

4. Einen europäischen Investitions- und Aufbaufonds schaffen

Investitionen in Wachstum und Beschäftigung müssen jetzt rasch wirken, zielgerichtet eingesetzt werden und ein ausreichendes Volumen mobilisieren. Wir fordern einen Investitions- und Aufbaufonds, der nicht über zusätzliche Staatsverschuldung, sondern durch eine „Umprogrammierung" bestehender Mittel, eine Stärkung der Europäischen Investitionsbank, Projektanleihen und nicht zuletzt eine Finanztransaktionssteuer gespeist wird:

- **Die EU-Strukturfonds wirksamer nutzen:** Zur Finanzierung eines schnell wirkenden Wachstums- und Beschäftigungsprogramms müssen kurzfristig die bisher ungenutzten Strukturfondsmittel der EU verwendet werden, wobei die Kofinanzierungsregeln flexibler gestaltet werden müssen. Dafür sollte die EU-Kommission in geeigneten Fällen für einen Zeitraum von mindestens zwei Jahren die Ko-Finanzierungsquoten – wie im Fall Griechenlands bereits geschehen – reduzieren. Außerdem kommt es darauf an, für eine weit höhere Wirtschaftlichkeit der Projekte zu sorgen, damit den Ländern in Folge von Überdimensionierung nicht anschließend noch Folgekosten zu Lasten tragfähiger Staatshaushalte entstehen.

  Die bis Ende 2013 noch auszuzahlenden Mittel des EU-Strukturfonds belaufen sich insgesamt auf 232 Mrd. Euro. Allein für Griechenland sind dies noch über 13 Mrd. Euro, wovon mehr als 4 Mrd. keinen konkreten Projekten zugewiesen und frei verfügbar sind. Die verfügbaren Mittel sind in einem Investitions- und Aufbaufonds zu bündeln. Ebenso sollten die bis 2015 nicht genutzten Strukturfondsmittel nicht in die nationalen Haushalte zurückfließen, sondern in den Fonds überführt werden.

STICHWORT

*Der **Europäische Sozialfonds (ESF)** ist einer der drei Strukturfonds der Europäischen Union. Mit dem ESF finanziert die EU Maßnahmen für mehr Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt. In der laufenden Förderperiode (2007 – 2013) hat der ESF ein Volumen von 75 Mrd. Euro. Neben dem ESF gibt es zwei weitere **EU-Strukturfonds**: Den **Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE)** und den **Kohäsionsfonds**. Insgesamt stehen in der laufenden Förderperiode (2007 – 2013) in allen drei Fonds 308 Mrd. Euro zur Verfügung. 232 Mrd. Euro sind noch nicht ausgezahlt – davon entfallen allein auf Griechenland 13 Mrd. Euro.*
4 Mrd. Euro der für Griechenland vorgesehenen Mittel sind noch keinem Projekt zugewiesen.

- **Die Europäische Investitionsbank (EIB) stärken:** Die EIB muss im europäischen Institutionengefüge aufgewertet werden und neben dem Rettungsschirm ESM, der Kredithilfen für Staaten bereitstellt, mehr Investi-

tionen in die Wirtschaft mobilisieren. Die EIB muss durch die Erhöhung ihres Stammkapitals um mindestens 10 Milliarden Euro in die Lage versetzt werden, sich weit stärker als bisher an der Finanzierung von Wachstum und Beschäftigung zu beteiligen. Zu prüfen ist zudem eine zweckgebundene Kapitalerhöhung im Sinne einer Sondereinlage, die nicht von allen 27 EU-Mitgliedern, sondern von einer Allianz gleichgesinnter Staaten bereit gestellt wird, um ein Wachstumsprogramm zu finanzieren.

STICHWORT

*Die **Europäische Investitionsbank (EIB)** befindet sich im Besitz der 27 EU-Mitgliedstaaten. Sie leiht sich auf den Kapitalmärkten Geld und vergibt zu niedrigen Zinssätzen Darlehen für die Finanzierung von Projekten, die zur Verbesserung der Infrastruktur, der Energieversorgung oder der Umweltstandards beitragen. Die EIB verfügt gegenwärtig über ein Stammkapital von 21 Mrd. Euro.*

- **Die Besteuerung der Finanzmärkte durchsetzen:** Die Akteure auf den Finanzmärkten müssen über eine Finanztransaktionssteuer an den Krisenkosten beteiligt werden. Sollte eine Finanztransaktionssteuer nicht auf Ebene der gesamten EU erreichbar sein, so muss sie innerhalb der Eurozone im Rahmen der verstärkten Zusammenarbeit gleichgesinnter Staaten realisiert werden. Die Steuer sollte auf einer möglichst breiten Bemessungsgrundlage basieren. Sie sollte auf den Ertrag aus Geschäften mit Aktien, Anleihen, Devisen und Derivaten erhoben werden.

- **Europäische Projektanleihen einführen:** Um weitere finanzielle Ressourcen für eine solche zielgerichtete europäische Wachstums- und Innovationspolitik zu erschließen und den Rückfluss von privatem Kapital in investive Verwendungen in Gang zu setzen, sind europäische „Projektanleihen“ ein geeignetes Instrument.

STICHWORT

***Projektanleihen** sind Anleihen privater Unternehmen für wichtige öffentliche Infrastrukturprojekte. Die EIB übernimmt einen Teil des Risikos der Investoren durch Kredite und Garantien. Dadurch erhalten die Projektanleihen ein besseres Kreditrating, die Zinsen und die Anleihen werden interessanter für institutionelle Investoren. 1 Euro aus dem EU-Haushalt könnte dann 15 bis 20 Euro von Pensionsfonds und anderen privaten Investoren mobilisieren.*

5. Unterstützung der öffentlichen Administration

Damit die zusätzlichen Mittel effizient abgerufen und eingesetzt werden können, brauchen die notleidenden Mitgliedsstaaten Unterstützung bei der Verbesserung ihrer Absorptionsfähigkeit. Hierfür können die „Phare Programme“ der Europäischen Union genutzt werden, die im Vorfeld der Osterweiterung konkrete Hilfen bereit stellten. Modernisierungspartnerschaften europäischer Kommunen („Twinning“) sollten forciert werden. Entscheidend wird sein, dass die Twinning-Programme auf der Grundlage gemeinsam festgelegter Prioritäten erfolgen.

II. EUROPA NEU AUSRICHTEN DURCH EINE WIRTSCHAFTS-, FINANZ- UND SOZIALUNION

1. Eine Wirtschafts- und Finanzunion aufbauen

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik der EU muss enger koordiniert und ihre Beschlüsse müssen verbindlicher werden. Dazu gehört insbesondere, einen Steuersenkungswettlauf zu verhindern, der unsolidarisch ist und am Ende allen schadet. Es gilt, den Einstieg in gemeinsame Bemessungsgrundlagen und Mindeststeuersätze zu finden. Steuerflucht und Steuerhinterziehung sind europaweit zu bekämpfen. Die bisher gemeinschaftsrechtlich getroffenen Entscheidungen zur Stärkung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und der Überwachung wirtschaftlicher Ungleichgewichte sind umzusetzen und einzuhalten. Alle EU-Mitgliedstaaten müssen ihren Beitrag leisten, damit die wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone abgebaut werden können. Eine verbindliche gemeinsame, demokratisch abgestimmte Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik muss Europa auf einen innovationsgetragenen, nachhaltigen Wachstumskurs bringen und die Verschärfung der fiskalpolitischen Kontrolle ergänzen. Erst wenn dies gelingt, ist der Geburtsfehler der Währungsunion behoben, die gemeinsame Währung ohne eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik aufzubauen.

2. Einen europäischer Schuldentilgungsfonds einführen

Eine gemeinsame europäische Haftung für einen Teil der Staatsschulden darf nicht länger ausgeschlossen werden. Wir benötigen einen europäischen Schuldentilgungsfonds mit gemeinsamer Haftung für den Teil der nationalen Alt-

schulden, der 60% des BIP überschreitet, gekoppelt an einen verbindlichen Schuldenabbauplan, der die einzelnen Länder in die Pflicht nimmt. Solidarität ist wichtig, um die Stabilität unserer Währung zu sichern. Sie darf aber keine Einbahnstraße sein, sondern muss an Anstrengungen der Krisenstaaten für tragfähige Haushalte geknüpft sein.

3. Einen Strukturwandel im EU-Haushalt durchsetzen

Bei den EU-Haushaltsverhandlungen über den neuen Finanzrahmen muss ein grundlegender Strukturwandel erreicht werden – zugunsten von Beschäftigung, Wachstum, Innovation, Technologie, Ausbildung und Forschung. Im Gegenzug müssen die Mittel für die Landwirtschaft, die immer noch über 40% des EU-Haushalts ausmachen, reduziert werden. Die EU-Ziele für FuE-Investitionen müssen europaweit umgesetzt werden. Außerdem soll das EU-Budget für Forschung und Innovation auf 10 Prozent des EU-Haushaltes aufgestockt werden. Diese Ziele müssen durch gemeinsame europäische Ziele für die Steigerung der nationalen und europäischen Bildungsausgaben ergänzt werden (mindestens 6% des nationalen BIP und 6% des EU-Haushaltes für Bildung). Der EU-Haushalt soll die europäische Wachstumsstrategie mit konkreten Zahlen abbilden und damit zu einem wichtigen Planungsinstrument wachstumsorientierter Politik werden.

4. Industrielle Erneuerung – eine starke gemeinsame Industriepolitik

Die Lehre aus Finanzmarkt- und Schuldenkrise ist auch: Länder mit starker realwirtschaftlicher Basis mit modernen Industrien und produktionsnahen Dienstleistungen haben den Wachstumseinbruch besser überwunden.
Wir brauchen eine Weichenstellung in Richtung Realwirtschaft. Wir brauchen in Europa eine Reindustrialisierung, die auf neue Wachstumspotenziale in Zukunftsbranchen setzt und neue Wertschöpfungsketten in Leitmärkten wie Mobilität, Infrastruktur und Energie- und Ressourceneffizienz erschließt.

5. Strukturreformen für mehr Rechtsstaatlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit

Die EU-Mitgliedstaaten müssen sich zur Modernisierung der öffentlichen Verwaltung verpflichten, insbesondere zu einem funktionierenden System des Steuereinzugs durch nationale Behörden mit deutlich höheren Steuereinzugsquoten. Außerdem ist die Transparenz des öffentlichen Beschaffungswesens zu erhöhen und sicherzustellen, dass auch die öffentliche Beschaffung ihren Beitrag zur Verwirklichung sozialer, ökologischer und wachstumspolitischer Zielsetzungen leistet. Sachlich ungerechtfertigte Marktzutrittsbarrieren, die den Europäischen Binnenmarkt blockieren, sind aufzuheben.

6. Eine europäische Sozialunion aufbauen

Die europäische Wirtschafts- und Finanzunion muss durch eine Sozialunion flankiert werden. Die Sozialunion muss ihr Fundament in einer sozialen Werteordnung mit starken sozialen Grundrechten haben, wie sie bereits in der EU-Grundrechtscharta angelegt sind. Diese dürfen nicht den Marktfreiheiten im europäischen Binnenmarkt untergeordnet werden, sondern müssen ihnen vorgehen. Mit einer sozialen Fortschrittsklausel muss dieses Prinzip vertraglich im europäischen Primärrecht festgeschrieben werden. In Europa muss gelten: gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Lohn- und Sozialdumping darf kein Raum gegeben werden. Dazu müssen auch die Spielräume für Mitbestimmung in den europäischen Unternehmen erweitert, die Rechte der europäischen Betriebsräte gestärkt und der soziale Dialog zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern auf europäischer Ebene ausgebaut werden. Arbeitnehmer aus unterschiedlichen EU-Staaten dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen die Chance haben, ihre Interessen gemeinsam zu vertreten.

7. Ein sozialer Stabilitätspakt für Europa

Politisch ausgestaltet werden muss die europäische Sozialunion vor allem dadurch, dass soziale Ziele und Mindeststandards europäisch verbindlich vereinbart werden. In einem sozialen Stabilitätspakt müssen Ziele und Vorgaben für Sozial- und Bildungsausgaben gemessen am BIP der jeweiligen Staaten ebenso wie existenzsichernde Mindestlöhne in allen EU-Mitgliedstaaten gemessen am jeweiligen nationalen Durchschnittseinkommen festgeschrieben werden.

Europa kann globaler Vorreiter für ein nachhaltiges Wohlstandsmodell werden, das die soziale Spaltung der Gesellschaften abwendet und aus besseren Chancen der Teilhabe für mehr Menschen auch mehr ökonomische Stabilität gewinnt. Dies setzt aber voraus, dass Europa jetzt in der Krise die Kraft und die Solidarität aufbringt, gemeinsam zu handeln, und die richtigen Weichenstellungen vornimmt. Gelingt dies nicht, drohen Zerfall und Renationalisierung.
Nur geeint und im festen Zusammenschluss der Europäischen Union hat Europa eine Chance im globalen Wettbewerb von Ideen und Werten, von Politik und Wirtschaft. Uns allen muss klar sein: Eine gute Zukunft können wir uns nur gemeinsam erarbeiten – in einem geeinten, demokratischen und sozialen Europa.